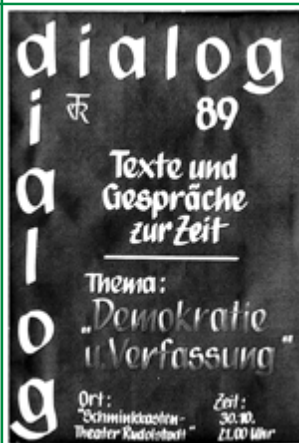


THÜRINGEN

BLÄTTER ZUR LANDESKUNDE

Am Abend des 9. Oktober 1989 wurde in Rudolstadt eine Premiere gefeiert. Mit Gustav von Wangenheim's *Du bist der Richtige* stellte sich eine Gruppe junger Absolventen der Berliner Schauspielschule „Ernst Busch“ vor, die gemeinsam ihr erstes Engagement am Rudolstädter Theaterhaus antraten. *Du bist der Richtige*, ursprünglich als FDJ-Auftragswerk für das Deutschlandtreffen 1950 geschrieben, handelt von jungen FDJlern und ihrem Einsatz für die DDR. Die Inszenierung in Rudol-



Thüringer Landesmuseum
Heidecksburg Rudolstadt

Dialog '89-Plakat

stadt, deren Premiere im Rahmen der Theaterfestwoche zum Republikgeburtstag stattfand, folgte ganz dem Charakter der Aufbaujahre und wirkte deshalb völlig aus der Zeit gefallen, mithin gar lächerlich oder skurril. Die anfänglichen Ideale und Hoffnungen an eine sozialistische Gesellschaft machten nun den Eindruck einer Parodie auf die Gegenwart.

Nach der letzten Szene war die Vorstellung an diesem Abend aber noch längst nicht vorbei. Vielmehr betraten zahlreiche Theatermitarbeiter die Bühne.

Theater als Ort der Friedlichen Revolution – Rudolstadt 1989/90

Unter ihnen auch der Oberspielleiter, der eine sogenannte Willenserklärung der Volksbühne Berlin verlas. Darin, so der Wortlaut der Berliner Kollegen, wollten die Theaterleute ihrer „Beunruhigung Ausdruck geben“. Im Mittelpunkt der Ausführungen stand der Vertrauensverlust zwischen den Bürgern

und der Staatsführung. Dieses Auseinanderdriften bürge Gefahren, wie das „Anwachsen rechtsextremer und konservativ-nationaler Tendenzen [...], die auf einen Kurs der Konfrontation zusteuern werden.“ Am Schluss wurden drei Forderungen aufgestellt: ein „aufrichtige[r] Dialog der Partei- und Staats-

führung mit der Bevölkerung“, „eine komplexe Analyse der gegenwärtigen Situation und öffentliche Diskussion darüber“ sowie „eine unbeschönigte Darstellung unserer Wirklichkeit in den Massenmedien“.

Gewiss: Protestiert oder angeklagt wurde hier nicht. Eine Protestresolution des Städtischen Theaters Karl-Marx-Stadt, die deutlich stärkere Formulierungen fand, stand zwar zur Debatte, wurde letztlich per Mehrheitsbeschluss aber nicht ausgewählt. Am Nachmittag des 9. Oktober gab es in einer außerordentlichen Spartenversammlung des Schauspiels heftige Diskussionen, welcher Text vorgetragen werden sollte; einige Teilnehmer sprachen sich komplett gegen ein solches Vorgehen aus. Zu diesem Zeitpunkt gab es an verschiedenen anderen Theaterhäusern also bereits Resolutionen, entweder als offener Brief verfasst oder gar mündlich im Theater vorgetragen. Besondere Bekanntheit sollte jene des Staatsschauspiels Dresden – „Wir treten aus unseren Rollen heraus“ – erlangen. Später verfassten auch Rudolstädter Theatermitarbeiter eigene öffentliche Aufrufe. Zumindest einer, der vor allem den öffentlichen Meinungs austausch forderte, wurde in der Lokalpresse abgedruckt und erreichte damit eine breite Öffentlichkeit, die weit über das Theater hinausging.

Aber zurück zum 9. Oktober. In Unterlagen der Rudolstädter Kreisdienststelle der Staatssicherheit heißt es zu den Entwicklungen: „Ursprünglich war es vorgesehen, eine provozierende Protesterklärung des Karl-Marx-Städter Theater vorzulesen. Durch Einflußnahme von IM in Schlüsselposition konnte dies verhindert werden.“ Ob es tatsächlich aufgrund eines inoffiziellen Mitarbeiters (IM) der Staatssicherheit dazu kam, dass anstatt

der Protest- die Willenserklärung verlesen wurde, oder ob einige Mitarbeiter der Kreisdienststelle vielmehr diesen kleinen Erfolg für sich reklamieren wollten, bleibt fraglich. Unabhängig davon, welche Zeilen verlesen wurden, ist es entscheidend, dass an diesem Abend ein Teil der Theatermitarbeiter, unter der Anleitung des Schauspielensembles, erstmals öffentlich die Initiative ergriff. Wer sich auf die Bühne begab und somit die verlesene Erklärung unterstützte, wurde allen Theatermitarbeitern, also auch über das Schauspielensemble hinaus, freigestellt. An die Reaktionen des Publikums erinnert sich ein beteiligter Theatermitarbeiter: „Spannungsvolles Schweigen im Zuschauerraum, dann zaghaftes Klatschen, schließlich Ovationen.“

Eine spontane Entscheidung war es dann, die Theaterbesucher in die Räume des Klubtheaters *Schminkkasten* einzuladen. Viele von ihnen folgten der Einladung und es kam zu einem ersten Diskussionsabend. Dieser machte den Theatermitarbeitern deutlich, wie groß das Bedürfnis der Zuschauer war, ihren Unmut, Protest oder Veränderungswillen offen zu artikulieren. Auch den Mitarbeitern der Staatssicherheit entging dieses enorme Bedürfnis nicht. „Zur Verhinderung analoger Veranst. wird gemeinsam mit SED-KL [Kreisleitung] nach Wegen gesucht, das Diskussionsbedürfnis in die Vorbereit. des XII. Parteitages einmünden zu lassen“, notierten Mitarbeiter der Staatssicherheit als einzuleitende Maßnahmen nach diesem Abend am Theater. Dass ihnen das nicht mehr gelang, wurde in der folgenden Entwicklung schnell deutlich. Aus dem ersten, nicht geplanten Diskussionsabend im *Schminkkasten* ergab sich die daraufhin regelmäßig stattfindende Veranstaltungsreihe Dialog '89.

„Die Kunst des Streitens“: Dialog ‘89

Nach den Eindrücken der spontanen Diskussionsveranstaltung am 9. Oktober wurde die erste Dialog ‘89-Veranstaltung für Montag, den 16. Oktober geplant. Eine kurze Notiz auf der Rudolstädter Lokalseite der *Volkswacht* kündigte diese sogar an. Die Idee der Veranstaltung war es, zunächst zeitbezogene Texte vorzutragen, um auf Grundlage dessen in eine Diskussion zur gegenwärtigen Lage einzutreten. Bei der ersten Veranstaltung bildeten durch die Schauspieler vorgebrachte Texte von Volker Braun, Bertolt Brecht, Johannes R. Becher, Konrad Wolf oder Sergej Tretjakow den Einstieg.

Auch die Aufmerksamkeit des Ministeriums für Staatssicherheit wurde durch die Veranstaltungsreihe angezogen, weshalb mehrere Protokolle, sogenannte Lagefilme, dazu angefertigt wurden. Mitarbeiter der Staatssicherheit stellten fest, dass in der Debatte „der SED die Führungsrolle abgesprochen“, „Mißtrauen gegen Partei- und Staatsführung geäußert“ und „die Medienpolitik kritisiert“ wurde. An dem Bericht der Staatssicherheit lässt sich ausmachen, dass die Grenzen des zu diesem Zeitpunkt Mach- und Sagbaren deutlich überschritten wurden. Noch vor der zweiten Dialog-Veranstaltung stellten sie fest: „Es besteht gegenwärtig die Gefahr, daß sich Inspiratoren oppositioneller Bewegungen auf diese Veranstaltungsreihe konzentrieren und sie zu ihrem Sprachrohr nutzen.“ Als unmittelbare Gegenmaßnahme wurde gemeinsam mit der Kreis- und der Bezirksleitung der SED geplant, dass unter anderem Vertreter der Friedrich-Schiller-Universität Jena an der kommenden Veranstaltung teilnehmen und im

Sinne der Parteilinie auf die Diskussion einwirken sollten. Zudem gab es von staatlicher Seite ernsthafte Bedenken, dass deutlich mehr Personen kommen würden, als die geplanten Räume fassen konnten. Daher sollten Ausweichmöglichkeiten bereitstehen, um „öffentlichkeitswirksame Demonstrativhandlungen“ zu vermeiden. Tatsächlich überstieg die Publikumszahl später die eher geringe Platzkapazität des Klubtheaters *Schminkkasten*; man konnte allerdings in den größeren Zuschauerraum des Theaterhauses wechseln.

Am 23. Oktober fand der zweite Dialog-Abend statt, zu dem rund 250 Teilnehmer kamen. Die Diskussion wurde erneut durch den Oberspielleiter des Theaters geleitet. Zuvor richtete der Intendant einige Worte an die Teilnehmer. Zu der Veranstaltung war dieses Mal auch der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Günter Huonker ins Theater gekommen. Dieser, so berichtete eine inoffizielle Mitarbeiterin der Staatssicherheit, wurde auf das Neue Forum angesprochen, und habe sich „nicht gut aus der Sphäre“ gezogen, da er vorgab, es schlicht nicht zu kennen. Generell „handelte [er] sich Gelächter u. Buhrufe ein.“

Der öffentliche Dialog galt gewissermaßen als „gemeinsamer Nenner der sehr verschiedenartigen Vorstellungen“, wie es Renate Treide in ihrem Feuilleton-Artikel in der *Volkswacht* vom 28. Oktober 1989 über die Entwicklungen am Rudolstädter Theater treffend beschreibt. Es sei „ein Versuch, für diese Stadt eine Öffentlichkeit zu schaffen, in deren Rahmen die ungelösten Probleme unserer Entwicklung zur Sprache gebracht werden können.“

In jener Ausgabe der *Volkswacht* sind aber ebenso kritische Töne zu den Montags-Dialogen zu lesen. In einem Kommentar werden diese als „[e]rweiterte Biertischrunde, jedoch ohne Bier“ beschrieben. Die Autorin kritisiert allen voran den Oberspielleiter und seine Gesprächsführung. Er wolle „ständig auf einen Pluralismusstaat hinaus“ und forciere die „Aufgabe der Führungsrolle der SED.“ Dem Intendanten warf sie vor, dass er zu wenig in Erscheinung trete. Außerdem führt die Autorin aus, dass eine Genossin aus dem FDGB-Kreisvorstand bei ihrem Beitrag ausgebuht wurde, was nicht im Sinne des neuen Aufbruchs stehe: „Anstatt sie zu überzeugen, bringen wir sie zum Schweigen oder Heucheln. Das kann nicht unser Wille sein! Freiheit und Redefreiheit für alle demokratischen Kräfte!“ Zwar handelt es sich um einen negativen Kommentar unter vielen positiven Einschätzungen, dennoch weist dieser auf mögliche Probleme der Dialog-Veranstaltungen hin. Auch eine Angehörige der FDJ-Kreisleitung wollte beispielsweise ihren Standpunkt vertreten, aber, so steht es im Bericht eines inoffiziellen Stasi-Mitarbeiters, „[m]an ließ sie nicht ausreden u. [sie] hörte somit von allein auf.“ Das Konfliktpotential, welches die Theaterinitiativen in Rudolstadt auslösten, lässt sich erahnen.

Die kommenden Montags-Dialoge wurden jeweils unter ein bestimmtes Thema gestellt. Die dritte Dialog-Veranstaltung am 30. Oktober widmete sich dem Thema „Verfassung – Inhalt und Umsetzung“ und anstatt künstlerischer Texte wurden nun Zitate aus dem Grundgesetz vorgetragen. Nach einwöchiger Pause, in die die Öffnung der innerdeutschen Grenze fiel, fand am 13. November erneut der Montags-Dialog statt, diesmal unter der Frage-

stellung „Gewaltenteilung – ein Relikt bürgerlicher Gesetzgebung?“. Berichte der Staatssicherheit gab es zu dieser Veranstaltung und allen folgenden nicht mehr. Ein weiterer Dialog-Abend fand dann höchstwahrscheinlich erst Anfang Dezember statt. In der Vorankündigung der *Volkswacht* hieß es dazu: „Wieder besonnen auf die theaterspezifischen Möglichkeiten werden bei den künftigen Montagsdialogen Ausschnitte aus Büchern verlesen, die demnächst hierzulande erscheinen sollen.“ Es wurde Stefan Heyms *5 Tage im Juni* und bei der nächsten Veranstaltung, 14 Tage später, Texte von Walter Janka sowie Auszüge aus Rolf Henrichs *Der vormundschaftliche Staat* vorgetragen. Auch 1990 setzte man die Dialog-Reihe zunächst fort. Im Laufe des Frühjahrs wurde das Veranstaltungsformat vermutlich beendet.

Die Dialog-Veranstaltungen boten, hauptsächlich im Oktober 1989, ein öffentliches Forum, welches es bisher so in Rudolstadt noch nicht gegeben hatte. Bürgern wurde der Rahmen dafür gestellt, öffentlich zu diskutieren. Die Veranstaltungsreihe Dialog '89 kann im Rückblick als die bedeutendste Initiative der Theatermitarbeiter gewertet werden, nicht zuletzt, weil sie die größte Breitenwirkung erzielte. Die Theaterräume blieben nicht der einzige Ort, in dem Rudolstädter im Herbst 1989 über die Probleme im Land öffentlich sprechen konnten. Die erste Veranstaltung in der Stadtkirche, bei der die neuen politischen Gruppierungen vorgestellt wurden, war am 19. Oktober. Das Rathausgespräch, eine Initiative von staatlicher Seite, wurde am 25. Oktober erstmals veranstaltet. Folglich waren die Theaterkünstler gleichwohl die ersten, die die Initiative in der Stadt ergriffen und das zu einer Zeit, in der die Möglichkeiten zwar größer wurden, aber längst nicht

allumfassend waren. Trotz Versuchen die Dialog-Abende auch 1990 fortzuführen, hatte die Veranstaltung auf Dauer keinen Bestand. Das Theater war bald

nicht mehr als öffentliches Forum notwendig. Offene Diskussionen konnten wieder in traditionellen Foren stattfinden, allen voran in den Medien.

Demonstration nach dem Vorbild Berlins

Ein entscheidender Versuch, die Auseinandersetzung mit den Problemen des Landes aus dem Theater herauszuholen und eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen, war die Demonstration am 19. November 1989 auf dem Rudolstädter Marktplatz. Diese Initiative steht im Zusammenhang mit der Demonstration am 4. November auf dem Berliner Alexanderplatz, ebenfalls von Künstlern und Kulturschaffenden organisiert. Bereits am 4. November wurden parallel mehr als 50 Demonstrationen und Kundgebungen in der DDR veranstaltet, einige von Theatermitarbeitern initiiert. Viele Theaterhäuser riefen dann jedoch zwei Wochen später zu Demonstrationen auf. Neben Rudolstadt wurden an jenem Wochenende unter anderem in Dresden oder Karl-Marx-Stadt Kundgebungen von Künstlern und Kulturschaffenden nach dem Vorbild Berlins veranstaltet. Zudem gab es Veranstaltungen in Erfurt, Frankfurt (Oder), Schwedt und Schwerin, die auf Initiativen von Theaterleuten zurückgehen. Hier deutet sich auch die – gerade im Herbst 1989 so wichtige – Vernetzung der DDR-Theaterhäuser untereinander an.

In Rudolstadt gab es zuvor, wenn auch erst verhältnismäßig spät, bereits andere Demonstrationsveranstaltungen, die durch die evangelische Kirche organisiert wurden. Zum Vergleich, in Arnstadt kam es beispielsweise schon am 30. September zu einer Protestkundgebung, in

Erfurt wurde am 19. Oktober nach einem Friedensgebet demonstriert, in Nordhausen am 24. Oktober. In Saalfeld, als unmittelbare Nachbarstadt, gab es am 27. Oktober einen Demonstrationzug durch die Innenstadt mit 1.500 bis 2.000 Menschen. In Rudolstadt wurde erstmals am Samstag, den 4. November zu einem Friedensgebet in die Stadtkirche eingeladen. Im Anschluss gab es einen Demonstrationzug quer durch die Innenstadt.

Die konkreten Planungen der Theaterkünstler, eine Demonstration nach dem Vorbild Berlins zu organisieren, begannen bereits im Oktober. Wie in Berlin sollte es sich um eine offiziell angemeldete und somit legale Demonstration handeln, sodass zunächst ein entsprechender Antrag bei der Volkspolizei einging. Außerdem wurden weitere Kultureinrichtungen aus Rudolstadt in die Aktion eingebunden, etwa Vertreter der Heidecksburg. Auch außerhalb des kulturellen Lebens wurde nach Unterstützung gesucht. Theaterschauspieler trafen sich beispielsweise mit Mitarbeitern des VEB Chemiefaserkombinat Schwarza, um dort einen weiteren Redner für die Demonstration zu finden. Spontane Redner waren nicht möglich, da jeder Beitrag angemeldet sein musste. Die Ankündigung der Demonstration, offiziell als Meeting betitelt, macht deutlich, dass die Durchsetzung der Artikel 27 und 28 der DDR-Verfassung im Mittelpunkt

stand. Diese Forderung nach Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit wurde auch bei anderen Demonstrationen von Theatermitarbeitern an diesem Wochenende als maßgebliche Forderung geäußert.

Mit Blick auf die Teilnehmerzahlen blieb die Demonstration dann jedoch weit hinter den Erwartungen zurück. Es kamen wahrscheinlich rund 500 Personen auf den Rudolstädter Marktplatz. Maßgeblicher Grund dafür waren die Entwicklungen, die mit dem Mauerfall am 9. November einhergingen. Es ist wenig spekulativ, wenn man vermutet, dass die gleiche Demonstration eineinhalb Wochen zuvor eine deutlich größere Wirkung entfaltet hätte. „Wir trainieren den aufrechten Gang und üben uns in

Demokratie“, so der Tenor der Demonstration, zumindest in der Berichterstattung der *Volkswacht* einige Tage später. Auch ein Plakatspruch von jenem Tag beschreibt die Atmosphäre treffend: „Offene Grenzen, Reiseschein – kann doch wohl nicht alles sein!“ Trotz der neuen Reisemöglichkeiten kämpfte man weiter für Veränderungen, es gehe nach wie vor um die verfassungsgemäße Meinungs- und Pressefreiheit sowie um das freie Versammlungsrecht. Ebenso müsse der Führungsanspruch der SED aus der Verfassung gestrichen werden. Die Redner und folglich auch das Themenspektrum waren an diesem Tag sehr unterschiedlich. So informierten etwa Vertreter des Neuen Forums in Rudolstadt über ihre Tätigkeiten. Andere traten für die Ret-



Thüringer Landesmuseum Heidecksburg Rudolstadt

Demonstration auf dem Rudolstädter Marktplatz

tung der historischen Altstadt ein. Zwei Schüler der Erweiterten Oberschule sprachen über die Zukunftsperspektive der FDJ, die Notwendigkeit, den Wehrkundeunterricht abzuschaffen und die unrechtmäßige Bevorteilung von Offiziersbewerbern im Schulsystem. Der Bereich Kunst und Kultur wurde ebenfalls thematisiert. Eigenständigkeit und Unabhängigkeit und damit das Ende staatlicher Bevormundung wurden gefordert. Zuletzt sei der Redebeitrag des Kreisratsvorsitzenden Hans-Jürgen Heinze erwähnt, der zu Vorwürfen der Aktenvernichtung und der Veruntreuung von Mitteln des Kreises Stellung nahm.

Die Demonstration auf dem Marktplatz markiert gewissermaßen den Anfang vom Ende. Auf verschiedenen Ebenen verlor das Theater an Bedeutung, auch in Rudolstadt. Noch wenige Wochen zuvor hatte es hier eine Hauptrolle gespielt. Schon mit dem Jahresbeginn 1990 befand es sich höchstens noch im Zuschauerraum. Vor allem das Publikum, das dem Theater erst seine Relevanz verleiht, kam dem Theater DDR-weit und so auch in Rudolstadt abhanden. Damit einher ging ein plötzlicher Bedeutungsverlust im Gefüge der Stadt. Zum einen wurde das Theater nun nicht mehr als Ersatzöffentlichkeit für Rudolstadt benötigt und verlor damit das, was man als ein wesentliches Alleinstellungsmerkmal bezeichnen könnte. Zum anderen hatte das Publikum in dieser Zeit

der gesellschaftlichen Veränderung andere Interessen oder Sorgen, die einem Theaterbesuch vorangingen. Den Theatermitarbeitern gab dies vielfach das enttäuschende Gefühl, die Entwicklungen über einen gewissen Zeitraum begleitet zu haben und nun plötzlich überflüssig zu sein, nicht länger gebraucht zu werden. Künstler und Intellektuelle gehörten dann auch zu den ersten, die ihre Enttäuschungen über den Verlauf der Friedlichen Revolution nach dem 9. November 1989 artikulierten.

Hinzu kam der Umstand, dass die Zukunft des Theaters selbst höchst unsicher war. Für die Theaterhäuser, insbesondere für jene in der Provinz, begann mit dem Jahr 1990 eine Zeit, die nicht nur durch leere Zuschauerräume, sondern ebenso durch sinkende Etats bestimmt war. Die enormen finanziellen Unsicherheiten führten immer wieder zu Stellenabbau und Kündigungen, eine bislang unbekannte Unsicherheit für Theatermitarbeiter. Die offenen DDR-Grenzen bedeuteten zusätzlich eine neue Konkurrenzsituation auf freie Stellen. Somit war die berufliche Zukunft zumindest für einige Theaterkünstler, wie in vielen anderen Berufszweigen auch, höchst unsicher. Später kam es außerdem zu Zusammenlegungen, Spartenabbau oder gar der kompletten Schließung von Häusern. Das Theater Rudolstadt fusionierte Mitte der 1990er Jahre mit dem Eisenacher Theaterhaus.

Schlussbemerkungen

Der Zeithistoriker Ilko-Sascha Kowalczyk spricht in seiner Studie „Endspiel“ (2009) zur Umbruchphase in der DDR von zwei „Motoren der Entwicklung“ im

Herbst 1989. Er meint damit zum einen die Kirche, deren Rolle in der Wissenschaft und auch in den Medien ausführlich Beachtung findet. Zum anderen,

und das wird überaus selten erwähnt, meint er die Theater und deren Mitarbeiter. Das Theaterhaus in der thüringischen Provinz ist ein Beispiel dafür. Es lässt sich keine Geschichte des Rudolstädter Theaters als Hort der Revolution oder gar des offenen Widerstands gegen den Staat und die Partei erzählen. Dennoch waren die Theaterkünstler (über einen längeren Zeitraum) bedeutende Wegbegleiter der gesellschaftlichen Ver-

änderungen und Träger derselben, weswegen ihre Wirkung nicht unterschätzt werden sollte. In Rudolstadt wurde dies ab Oktober 1989 besonders offensichtlich. Im lokalen Raum hatte das Theater Rudolstadt, in einer Zeit da die Umbruchstimmung die Provinzstadt bislang kaum erreicht hatte, somit sehr wohl eine Vorreiterrolle inne.

Jolin Diekmann

Literaturauswahl:

Laura Bradley: Cooperation and Conflict. GDR Theatre Censorship, 1961–1989, Oxford 2010.

Jutta Braun u. Michael Schäbitz (Hg.): Von der Bühne auf die Straße. Theater und Friedliche Revolution in der DDR, Berlin 2016.

Jolin Diekmann: Ein Provinztheater probt den Dialog. Das Rudolstädter Theater 1987 bis 1990, in: Zeitschrift für Thüringische Geschichte 72 (2018), S. 195–227.

Torben Ibs: Umbrüche und Aufbrüche. Transformation des Theaters in Ostdeutschland zwischen 1989 und 1995, Berlin 2016.

Quellensammlung:

Andrea Kuberski: Wir treten aus unseren Rollen heraus. Dokumente des Aufbruchs Herbst '89, Berlin 1990.

Herausgeber:

Landeszentrale für politische Bildung

THÜRINGEN

Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt

www.lzt-thueringen.de

Autorin: Jolin Diekmann

2019

(130)